

Anschlussvertrag

zwischen der

**Stadt Bülach
(Trärgemeinde)**

und den

**Gemeinden Bachenbülach, Eglisau, Glattfelden, Hochfelden, Höri,
Hüntwangen, Rafz, Wasterkingen, Wil, Winkel
(Anschlussgemeinden)**

**Betreffend Organisation von Berufsbeiständen zur Führung von Massnahmen des
Erwachsenenschutzes**

1. Vertragspartner und -gegenstand

Art. 1 Die politischen Gemeinden Bülach, Bachenbülach, Eglisau, Glattfelden, Hochfelden, Höri, Hüntwangen, Rafz, Wasterkingen, Wil und Winkel schliessen diesen Vertrag ab zur gemeinsamen Organisation von Berufsbeiständen zur Führung von Massnahmen des Erwachsenenschutzes gemäss dem Einführungsgesetz zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (EG KESR).

Die Stadt Bülach (nachfolgend Trärgemeinde genannt) stellt im Auftrag der übrigen Vertragspartner (nachfolgend Anschlussgemeinden genannt) die Aufgabenerfüllung gemäss den nachfolgenden Bestimmungen sicher. Über den Beitritt weiterer Gemeinden zum vorliegenden Anschlussvertrag entscheidet die Trärgemeinde nach Anhörung der Anschlussgemeinden.

Art. 2 Die Trärgemeinde organisiert für sich und die Anschlussgemeinden die zur Führung von Massnahmen des Erwachsenenschutzes notwendigen Berufsbeiständinnen und -beistände zu Händen der für die jeweiligen Anschlussgemeinde zuständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde.

Der vorliegende Vertrag regelt das Auftragsverhältnis zwischen der Trärgemeinde und den Anschlussgemeinden, namentlich die Rechte und Pflichten, die finanzielle Abgeltung sowie Haftungsfragen.

Das Verhältnis zwischen den Berufsbeiständinnen und -beiständen und der für die Anschlussgemeinden zuständigen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) ist im EG KESR geregelt.

2. Aufgaben, Rechte und Pflichten

Art. 3 Die Trägergemeinde verpflichtet sich:

- eine ausreichende Anzahl Berufsbeiständinnen und –beistände zu beschäftigen, welche für die Ausübung dieser anspruchsvollen Tätigkeit qualifiziert sind
- eine effiziente und effektive Mandatsausübung im Sinne der Ernennungsbeschlüsse der zuständigen KESB zu gewährleisten
- den Berufsbeiständinnen und –beiständen die für ihre Amtsausübung notwendige organisatorische und administrative Unterstützung und Infrastruktur zur Verfügung zu stellen (Leitung, Buchhaltung, Sekretariat, Büroräume, Mobiliar, EDV etc.)
- das Personal im Bereich Erwachsenenschutz kontinuierlich im Hinblick auf eine korrekte Amtsausführung weiterzubilden
- die Leistungen mit der zuständigen KESB (Entschädigungen und Gebühren) und den Anschlussgemeinden korrekt abzurechnen
- die Anschlussgemeinden frühzeitig über betriebliche und/oder personelle Änderungen zu informieren
- zu einer transparenten und verbindlichen Zusammenarbeit mit den Anschlussgemeinden.

Art. 4 Die Anschlussgemeinden verpflichten sich:

- zu einer transparenten und verbindlichen Zusammenarbeit mit der Trägergemeinde
- zur fristgerechten Vergütung der Mandatsführung und der Defizitbeiträge gemäss Art. 5 und Art. 6.
- bei Unklarheiten bezüglich der Umsetzung der Vertragsbestimmungen zur Kontaktaufnahme mit der Leitung der Berufsbeiständinnen und –beistände.

3. Finanzierung

Art. 5 Die Finanzierung erfolgt über Mandatsentschädigungen¹ und Defizitbeiträge der Vertragsgemeinden.

Art. 6 Die Entschädigung (inkl. Spesenersatz) für die Führung einer Beistandschaft wird von der zuständigen KESB festgelegt. Soweit Entschädigungen und Spesenersatz nicht aus dem Vermögen der betroffenen Person bezahlt werden können, trägt die Kosten jene Vertragsgemeinde, in der die betroffene Person zivilrechtlichen Wohnsitz hat. Die Trägergemeinde stellt der zuständigen Vertragsgemeinde (inkl. sich selbst) den Betrag in

¹ Die Mandatsentschädigungen werden von der zuständigen KESB gemäss der Verordnung über Entschädigung und Spesenersatz bei Beistandschaften (ESBV) festgelegt.

Rechnung, sobald die Rechtskraft der KESB-Verfügung eintritt.

- Art. 7 Kosten, welche nicht durch Mandatsentschädigungen gedeckt sind, werden von den Vertragsgemeinden anteilmässig übernommen. Der Kostenverteiler richtet sich nach folgendem Schlüssel:
- 50% nach der Einwohnerzahl der Vertragsgemeinde (zivilrechtlicher Wohnsitz) am 31. Dezember des Vorjahres zum Rechnungsjahr
 - 50% nach der Anzahl Mandate der Vertragsgemeinde im Rechnungsjahr.
- Art. 8 Die Defizitbeiträge der Vertragsgemeinden gemäss Art. 7 basieren auf einer Vollkostenrechnung.
- Art. 9 Die Trägergemeinde stellt den Anschlussgemeinden bis spätestens Ende August das Budget des kommenden Jahres zu.
- Die Trägergemeinde stellt den Anschlussgemeinden bis spätestens Ende April die Abrechnung des vergangenen Jahres zu.
- Art. 10 Die Trägergemeinde ist berechtigt, von den Anschlussgemeinden angemessene akonto Beiträge zu verlangen.
- Rechnungen sind innert 30 Tagen zu begleichen.

4. Aufsicht und Haftung

- Art. 11 Die Berufsbeiständinnen und –beistände unterstehen fachlich der Aufsicht der KESB. Diese kann ihnen Weisungen erteilen.
- Art. 12 Macht der Kanton der Trägergemeinde gegenüber Forderungen gestützt auf § 18 b Haftungsgesetz geltend, steht dieser ein Rückgriffsrecht auf die Anschlussgemeinden zu. Ausgeschlossen ist der Rückgriff bei einer vorsätzlichen oder grobfahrlässigen Schadensverursachung durch Angestellte oder Hilfspersonen der Trägergemeinde. Der Haftungsanteil der Anschlussgemeinden richtet sich nach dem Kostenteiler in Art. 7.

5. Information

- Art. 13 Die Trägergemeinde informiert die Anschlussgemeinden halbjährlich über die Entwicklung von Aufgabenumfang und Kosten der Berufsbeiständinnen und –berufsbeistände.
- Die Trägergemeinde hört die Anschlussgemeinden bei generellen Vorbehalten bezüglich der Leistungserbringung an.
- Die Trägergemeinde hört die Anschlussgemeinden vor der Aufnahme weiterer Gemeinden zum Anschlussvertrag gemäss Art. 1 an und informiert die Anschlussgemeinden über Kündigungen des Anschlussvertrags gemäss Art. 15.

6. Schluss- und Übergangsbestimmungen

- Art. 14 Dieser Vertrag tritt nach Zustimmung der zuständigen Organe der Träger- und der Anschlussgemeinden auf den 1. Januar 2014 in Kraft.
- Art. 15 Der Vertrag wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Die Kündigung dieses Vertrags ist erstmals nach 2 Jahren möglich. Anschliessend ist jede Vertragspartei bzw. Vertragsgemeinde berechtigt, ihre Teilnahme am Vertrag jährlich unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 6 Monaten per 31. Dezember zu kündigen.
- Art. 16 Im gegenseitigen Einvernehmen kann der Vertrag durch übereinstimmende Beschlüsse der Vertragsgemeinden jederzeit geändert oder aufgelöst werden.
- Art. 17 Für Streitigkeiten zwischen den Vertragsgemeinden aus diesem Vertrag kommen die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes zur Anwendung.


Beschlussfassung der Vertragsgemeinden:

- 5. MRZ. 2013

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Bachenbülach* beschlossen am _____
vertreten durch _____
die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten F. Rüger
die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber [Signature]

24. SEP. 2013

Vom Gemeindevorstand *Bülach* beschlossen am _____
vertreten durch _____
die Stadtpräsidentin oder den Stadtpräsidenten [Signature]
die Stadtschreiberin oder den Stadtschreiber [Signature]



12. DEZ. 2013

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Eglisau* beschlossen am _____
vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten Wesula Teo

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber Momann

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Glattfelden* beschlossen am 18. JUNI 2013
vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten [Signature]

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber [Signature]

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Hochfelden* beschlossen am 19. JUNI 2013
vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten [Signature]

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber [Signature]

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Höri* beschlossen am 12. JUNI 2013
vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten [Signature]

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber [Signature]

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Hüntwangen* beschlossen am 13. JUNI 2013

vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten 

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber 

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Rafz* beschlossen am 17. JUNI 2013

vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten 

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber i.v.  WOODS

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Wasterkingen* beschlossen am 13. JUNI 2013

vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten 

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber 

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Wil* beschlossen am 12. JUNI 2013

vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten 

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber 



17. JUNI 2013

Vom Gemeindevorstand der Gemeinde *Winkel* beschlossen am _____

vertreten durch

die Gemeindepräsidentin oder den Gemeindepräsidenten _____

die Gemeindeschreiberin oder den Gemeindeschreiber _____

Genehmigung durch den Stadtrat Bülach

SRB Nr. 146 vom 8. Mai 2013